

**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 21.03.2019**

Berichtsauftrag des Haushalts- und Finanzausschusses in Sachen Insolvenz der Akademie Kannenberg GmbH

A. Problem

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat auf seiner Sitzung am 24.08.2018 die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um einen Sachstandsbericht nach Abschluss des Insolvenzverfahrens der Akademie Kannenberg GmbH und auf seiner Sitzung am 22.02.2019 um einen Sachstandsbericht noch in der 19. Wahlperiode gebeten.

B. Lösung

Dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) wird wie folgt berichtet:

Das Insolvenzverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Seitens der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport kann gegenwärtig auch nicht beurteilt werden, wann dies voraussichtlich der Fall sein wird.

Zum aktuellen Verfahrensstand:

Die Forderungen der Freien Hansestadt Bremen in Höhe von rund 5,8 Mio. € sind vom Insolvenzverwalter zwischenzeitlich vollumfänglich zur Insolvenztabelle aufgenommen worden. Eine erste Abschlagszahlung in Höhe von 1 Mio. € ist vom Insolvenzverwalter innerhalb des ersten Halbjahrs 2019 in Aussicht gestellt worden.

Über das Vermögen von Herrn Lothar Kannenberg wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Der Insolvenzverwalter im Verfahren Akademie Lothar Kannenberg prüft weiterhin die Erfolgsaussichten der Inanspruchnahme der seinerzeit abgeschlossenen D&O-Versicherung.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die Antworten auf den Berichtsauftrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) haben keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen.

Die finanziellen Auswirkungen der Insolvenz der Akademie Kannenberg GmbH sind in der Vorlage zur Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 14.06.2018 (Lfd. Nr. 226/19) ausführlich dargestellt worden.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Antworten auf den Berichtsauftrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Übermittlung der Antworten an den Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zu.